

*Wer sich den Gesetzen nicht fügen will,
muss die Gegend verlassen, wo sie gelten.*

Johann Wolfgang von Goethe in »Wilhelm Meisters Wanderjahre«, 1821





Chance und Herausforderung

Liebe Leserinnen und Leser,

das Wort »Migration« gehört zu den Reizbegriffen unserer Gesellschaft. Nicht nur an den Stammtischen löst es heftige Reaktionen aus. Es wird erhebliches Erregungspotenzial freigesetzt, wenn von Wanderung und Zuwanderung die Rede ist. Migration – das ist ein emotional hochbesetzter Begriff. Der Tenor ist dabei eindeutig: Menschen aus dem Ausland werden als potenzielles Sicherheitsrisiko gesehen, deren Einreise nach Deutschland erschwert werden soll. Zu beobachten dabei ist, dass die Debatte oft von Ängsten und Vorurteilen geprägt ist. Daher ist es wichtig, dass wir uns auf Fakten und rationale Argumente stützen und uns nicht von Populismus und Stimmungsmache leiten lassen.

Für Deutschland spielt Zuwanderung schon lange eine bedeutende Rolle. Denn bereits seit den 1970er-Jahren werden in Deutschland weniger Kinder geboren als Ältere sterben. Für die deutsche Wirtschaft würde sich weniger Zuwanderung in einer Verschärfung des Fachkräftemangels niederschlagen. Dieser ist in vielen Branchen bereits jetzt spürbar. Die Pflege ist in besonderem Maße davon betroffen. Denn immer weniger junge Menschen müssen immer mehr Ältere pflegen.

Allerdings birgt die Zuwanderung auch Herausforderungen. Wir müssen uns fragen, wie wir sie gestalten wollen und welche Rahmenbedingungen dafür notwendig sind. Dazu gehört auch die Frage nach einer fairen Verteilung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Europa.

Zudem erfordert die Integration von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt, das Bildungssystem und die Gesellschaft Anstrengungen von allen Seiten. Es ist wichtig, dass wir als Gesellschaft Strukturen schaffen, die eine erfolgreiche Integration ermöglichen und fördern. Dazu gehören der Abbau von Diskriminierung, die Förderung der Sprachkompetenz und die Anerkennung ausländischer Qualifikationen.

Diese Aspekte fehlen in der aktuellen Migrationsdebatte. Anstatt einer differenzierten Betrachtung der Thematik, werden vor allem Ängste geschürt und Menschen aus dem Ausland über einen Kamm geschert. Das ist wenig zielführend und ungerecht gegenüber allen, die sich integrieren und unsere Gesellschaft auf unterschiedliche Weise bereichern.

Ihr Jörg Rommelfanger
Herausgeber

INHALT

Migrationsmuseum in Köln

Im »Selma« soll vor allem die Geschichte der »Gastarbeiter« greifbar werden. Selma ist als weiblicher Vorname in zahlreichen Ländern der Welt und in unterschiedlichsten Sprachen verbreitet.

Seite 6

»Die Diskussion ist emotional aufgeladen«

Die Migrationsforscherin Naika Foroutan und der Politologe Wolfgang Schroeder debattieren über die Schwierigkeiten bei der Einwanderungspolitik.

Seite 9

Die Stadt, in der es mit der Migration klappt

Während andere Städte bei der Unterbringung von Flüchtlingen immer mehr an ihre Kapazitätsgrenzen kommen, macht ein CDU-Bürgermeister im schwäbischen Rottenburg vor, wie es funktionieren könnte mit der Integration.

Seite 16

Migration ist ein gesellschaftlicher Normalfall

In Deutschland wird über die Zuwanderung vor allem problem- und defizitorientiert diskutiert.

Seite 20

Hoffnung verbreiten statt Angst schüren

»Integration bedeutet gegenseitiges Verständnis – dafür sind beide Seiten verantwortlich«.

Seite 24

Wie Deutschland ein Einwanderungsland wurde

Inzwischen hat fast dreißig Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund.

Seite 26

Migration hinterlässt starke Spuren

Flüchtlinge und Arbeitsmigranten sorgen auch immer wieder für Konflikte.

Seite 29

Sind Ausländer wirklich krimineller?

Die Debatte über innere Sicherheit hat inzwischen die Mitte erreicht. Fast alle Parteien fordern schärfere Maßnahmen, etwa schnellere Abschiebungen oder mehr Videoüberwachung.

Seite 33

Kinderlachen in Epizentrum der Kriminalität

Der Verein Familienleben setzt im Ferdinandhof in der Dresdner Innenstadt Lichtpunkte für Kinder von Migranten.

Seite 36

»In den Einwandererfamilien wächst eine verlorene Generation heran«

Das christliche Kinderhilfswerk Die Arche drängt auf Kurswechsel in der Migrationspolitik.

Seite 40

Gigantische Lücke bei Arbeitskräften

Um wirtschaftlich stabil zu bleiben, muss Deutschland 400 000 ausländische Fachkräfte ins Land holen – und zwar jedes Jahr.

Seite 43

A wie Apfel – und wie Aufbruch

Soziales Miteinander fördern, Lebensräume gestalten und den Klimaschutz stärken: Das Chemnitzer Projekt »Gelebte Nachbarschaft« im Rahmen des Kulturhauptstadtjahres.

Seite 46

Wie es Dänemark macht

Das skandinavische Land sorgt mit seinem harschen Vorgehen gegenüber Asylbewerbern immer wieder für Aufsehen.

Seite 50

Hilfestellung im Burgenlandkreis

Der Vereinsvorsitzende sagt: »Es macht einfach Spaß, Menschen zu helfen. Wir machen sehr viele positive Erfahrungen.«

Seite 52

IMPRESSUM

Herausgeber

Trägerwerk Soziale Dienste in Sachsen-Anhalt GmbH
Merseburger Str. 237 | 06130 Halle (Saale)
vertreten durch Geschäftsführer Jörg Rommelfanger

Erscheinungsweise

»Flechtwerk« erscheint viermal im Jahr:
März, Juni, September, Dezember

Chefredakteur (v. i. S. d. P.)

Dipl. sc. pol. Klaus Gertoberens c/o Trägerwerk
Soziale Dienste in Sachsen-Anhalt GmbH
redaktion@flechtwerk-sozial.de

Fotos

Wir haben uns bemüht, sämtliche Inhaber der
Bildrechte zu ermitteln. Sollte »Flechtwerk«

dennoch nachgewiesen werden, dass eine Rechts-
inhaberschaft besteht, entrichten wir das branchen-
übliche Honorar nachträglich.

Titelfoto: Gajus-Images– elements.envato.com

Alle nicht gekennzeichneten Fotos: Steffen Giersch

Layout, Satz

Ö GRAFIK agentur für marketing und design
Tauscherstr. 44 | 01277 Dresden

Druck

Druckerei Thieme Meißen GmbH
Zaschendorfer Str. 91 | 01662 Meißen

Verlag

Bertuch Verlag GmbH
Schwanseest. 101 | 99427 Weimar

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für
unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und
Illustrationen.

»Flechtwerk« kann als Einzelheft oder Jahresabo
über www.flechtwerk-sozial.de und www.bertuch-verlag.com zum Preis von 6,80 €/Ausgabe bzw.
22,50 €/Jahresabo (zzgl. Porto) bestellt werden.

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers bzw.
der Redaktion wieder. Für die Richtigkeit von An-
gaben, Daten, Behauptungen etc. in den Beiträgen
können der Herausgeber bzw. die Redaktion keine
Verantwortung übernehmen.

ISSN 2367-2234

Auf der Suche nach dem »neuen Wir«

Foto: babarega – stock.adobe.com

Dass fast ein Drittel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund hat, findet nur geringen Widerhall in den Medien

Von Klaus Gertoberens

Die Immigrationspolitik in ihrer gegenwärtigen Form steckt in einer Zwickmühle: Einerseits werden qualifizierte Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Staaten dringend benötigt. Andererseits sollen sich potenzielle Asylbewerber mit geringen Anerkennungschancen möglichst gar nicht erst auf den Weg machen.

Es wird hochemotional und allzu oft hysterisch über Ängste und ein Gefühl der Bedrohung durch Migration diskutiert. Die Medien haben dabei ein gerüttelt Maß an Schuld. Sie filtern für die Meinungsbildung wichtige Informationen und beeinflussen auf diese Weise das Bewusstsein der Menschen, für die sich die gesellschaftliche Realität zunehmend über das Nutzen der Medien erschließt. Sie

wirken mithin als geistige Katalysatoren: Journalistinnen und Journalisten bringen Vorurteile gegenüber Ausländern, Klischees im Hinblick auf (bestimmte Gruppen von) Migranten und Stereotype, mit denen diese belegt werden, nicht unbedingt selbst hervor, tragen aber zu ihrer Bestätigung und Verfestigung in den Köpfen von Zeitungslesern, Fernsehschauerinnen und Radiohörern bei. Dagegen betreiben sie selten Aufklärung und vermitteln durch Hintergrundberichte die notwendigen Kenntnisse.

Wie soll da Deutschland den Spagat zwischen restriktiver Asylpolitik und gezielter Zuwanderung schaffen?

Angesichts der aufgeheizten Debatte drohen zwei grundlegende Fakten in Vergessenheit zu geraten:

Erstens, die deutsche Gesellschaft hat zu einem beträchtlichen Teil ausländische Wurzeln. Ein Viertel der hier Lebenden

sind im Ausland geboren oder Kinder von Zuwanderern. Dies sollte nicht überraschen. Schließlich ist Deutschland seit den 1960er-Jahren ein Einwanderungsland.

Zweitens, Deutschland ist für die Zukunft auf große Zuwandererzahlen angewiesen. Ohne den Zuzug aus dem Ausland wäre die deutsche Bevölkerung bereits in der Vergangenheit geschrumpft. Deshalb haben Unternehmen seit Jahren Schwierigkeiten, offene Stellen mit passend qualifizierten Kräften zu besetzen. Das heißt: Ohne Zuwanderung in den Arbeitsmarkt würde die Bundesrepublik massive Probleme bekommen – wirtschaftlich, finanziell und sozial.

Ohne Frage, große Zahlen an Neuankömmlingen stellen eine Herausforderung für die Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft dar, zumal in Jahren wie 2015 und 2022, als jeweils mehr als zwei Millionen Personen ins Land kamen. Es wird nur gehen, wenn das Zusammenleben so gestaltet wird, dass Eingewanderte und Einheimische gemeinsam für ein offenes und zukunfts-fähiges Deutschland eintreten.



Klaus Gertoberens (* 1951) ist Chefredakteur von Flechtwerk. Der diplomierte Betriebswirt und Politologe hat sich nach

dreißig Jahren Tagesjournalismus in leitenden Funktionen wieder aufs »Lokale« besonnen. Als gebürtiger Rheinländer hatte er

Anfang der 80er-Jahre mitgeholfen, eine Lokalredaktion im Münchner Umland aufzubauen. Diese kommunalen Erfah-

rungen hatten ihn derart fasziniert, dass er sich in seiner Diplomarbeit mit den Möglichkeiten auseinandersetzte, wie dem

Bürgerwillen in den Gemeinden mit Mitteln der direkten Demokratie stärker Geltung verschafft werden könnte.

SELMA – DAS MIGRATIONSMUSEUM IN KÖLN

VOR ALLEM DIE GESCHICHTE DER »GASTARBEITER« SOLL GREIFBAR WERDEN

Vor gut dreißig Jahren haben türkischstämmige Zuwanderer im Ruhrgebiet angefangen, zu sammeln: Fotos und alltagskulturelle Objekte aus der Pionierzeit der Gastarbeiterära; ordnerweise Zeitungsartikel, ein Schuhputzerkasten, eine Trinkflasche, ein selbstgebautes Papp-Modell des Herkunftsdorfes eines Arbeiters. »Dinosaurier-Eier« nennt Aytaç Eryılmaz die Fundstücke, deren Geschichten lange keiner hören wollte. Eryılmaz hat deshalb 1990 mit anderen zusammen den Verein DOMiD gegründet, das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland.

Inzwischen verfügt man über die bundesweit größte Sammlung von Objekten und Dokumenten, die die vielfältige Geschichte der Migration in Deutschland dokumentieren. Sie umfasst mehr als 150 000 sozial-, kultur- und alltagsgeschichtliche Zeitzeugnisse.

Bislang gibt es in Deutschland noch kein Museum, das die Geschichte der vielen Millionen Migranten erzählt. In Deutschland wird jedes zweite Kind mit Migrationshintergrund geboren, aber nach Ansicht des Vereins ist die Erkenntnis, dass Migration den Normalfall darstellt, noch nicht in der deutschen Gesellschaft verankert. Das Migrationsmuseum soll dazu beitragen, die kulturelle Vielfalt zu vermitteln und Vorurteile abzubauen. In dem Haus soll mit Fokus auf die Zeit von 1945 bis heute der Wandel durch die Migration dargestellt werden. Der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen haben sich mit jeweils 22 Millionen Euro an den Kosten beteiligt, die Stadt Köln stellte die Fabrikhalle zur Verfügung.

Das Museum wird den Namen »Selma« tragen. Es wurde bewusst ein weiblicher Namen gesucht, um gerade beim häufig männlich wahrgenommenen Phänomen der Migration die weibliche Perspektive zu stärken. Selma ist als weiblicher Vorname in zahlreichen Ländern der Welt und in unterschiedlichsten Sprachen verbreitet.

www.museum-selma.de





Foto: Wolfgang Heep/DOMID-Archiv, Köln



Foto: Gabriele Racka/Warziawek



Foto: Fleming Christoph



Foto: picture-alliance / dpa / Schulte



Foto: picture-alliance / Klaus Rose



Häufige Reformen bremsen die Migrationspolitik

Dass Schnelligkeit dem Erfolg abträglich sein kann, legt ein aktuelles Gutachten nahe

Foto: Lydia Geissler – stock.adobe.com

Die neue Bundesregierung sollte aus Sicht des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR) bei der Reform der Gesetzgebung zu Migration, Staatsangehörigkeit und Asyl nicht zu viel Tempo vorlegen. Häufige Gesetzesänderungen stellten hohe Anforderungen an die Verwaltung, »die bei der Schulung des Personals mit den Veränderungen kaum Schritt halten kann«, heißt es im aktuellen SVR-Jahresgutachten.

Dies erhöhe die Gefahr, dass Gesetze am Ende nur schleppend und ineffizient umgesetzt würden. Zudem erschwere ein zu hohes Tempo in der Gesetzgebung die Beurteilung der Wirksamkeit von Reformen. Der Rat erkenne an, dass die Politik besonders in Zeiten eines dynamischen Migrationsgeschehens Handlungsfähigkeit beweisen müsse. »Er weist aber zugleich darauf hin, dass Bürgerinnen und Bürger die Reaktionsfähigkeit von Politik nicht allein daran bemessen, ob der Bund Gesetze erlässt«, ist im Gutachten nachzulesen.

CDU, CSU und SPD haben sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf geeinigt, keine neuen freiwilligen Bundesaufnahmeprogramme für besonders Schutzbedürftige aufzulegen. Mindestens zwei Jahre lang soll es keinen Familien-

nachzug für Menschen mit eingeschränktem Schutzstatus geben.

Es ist seit Jahren ein Streitfall, nun setzt es die schwarz-rote Koalition durch: Auch Asylsuchende werden an den deutschen Grenzen zurückgewiesen. Bislang wurde das nur für Menschen praktiziert, die kein gültiges Visum oder eine entsprechende Aufenthaltserlaubnis haben, nicht für Schutzsuchende. Rechtlich sind die Zurückweisungen Schutzsuchender umstritten, weil etwa nach dem Europarecht jeder Mitgliedstaat verpflichtet ist, ein Asylbegehren zumindest auf die Frage hin zu prüfen, welches Land zuständig ist.

Die von der Union als »Turbo-Einbürgerung« genannte Einbürgerung von besonders gut integrierten Ausländern bereits nach drei Jahren soll es demnächst nicht mehr geben. Verbesserungen in der Verwaltung sind aus Sicht der Sachverständigen etwa notwendig, um die Ziele der von der Ampel-Koalition beschlossenen Reform des Staatsangehörigkeitsrechts zu erreichen. Die Wartezeit für eine Einbürgerung war von acht Jahren auf fünf Jahre verkürzt und der Doppelpass für Nicht-EU-Bürger generell erlaubt worden. Allerdings sind die Wartezeiten auf dem Weg zum deutschen Pass weiterhin sehr lang, da die Einbürge-

rungsbehörden schon vor der Reform vielerorts überlastet waren.

Um Unsicherheiten bei der Anwendung des neuen Rechts zu reduzieren und eine möglichst einheitliche Umsetzung sicherzustellen, sollte der Bund eine seit 2001 geltende Verwaltungsvorschrift zum Staatsangehörigkeitsrecht überarbeiten, rät der SVR.

Die Zahl der Menschen, die durch Einbürgerung Deutsche wurden, war 2023 mit rund 194 000 Einbürgerungen so hoch wie noch nie. Dass dieser Trend 2024 nach Informationen der Landesbehörden noch zugenommen hat, hat nicht nur mit der Reform zu tun, sondern liegt auch daran, dass viele syrische Flüchtlinge, die 2015 und 2016 nach Deutschland kamen, inzwischen die Voraussetzungen für die Einbürgerung erfüllen.

Damit künftig mehr Fachkräfte nach Deutschland einwandern, bedarf es aus Sicht des SVR nicht in erster Linie neuer Gesetze. Vielmehr sollten organisatorische Veränderungen vorgenommen werden, um die langen, umständlichen Verfahren abzukürzen. Vor allem sollte das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten hier mehrere Aufgaben zusätzlich übernehmen und dadurch die Ausländerämter entlasten.

»Die Diskussion um Migration ist zu sehr emotional aufgeladen«

Die Migrationsforscherin Naika Foroutan und der Politologe Wolfgang Schroeder über die Schwierigkeiten bei der Einwanderungspolitik

Prof. Dr. Naika Foroutan (*1971) ist Professorin für Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik an der Humboldt-Universität Berlin, Direktorin des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Denkfabrik Progressives Zentrum.



Prof. Dr. Wolfgang Schroeder (*1960) ist Professor für das politische System der Bundesrepublik Deutschland an der Universität Kassel und Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) in der Abteilung »Demokratie und Demokratisierung«. Er ist Vorsitzender des Progressiven Zentrums, 2009 bis 2014 war er Staatssekretär im Ministerium für Arbeit und Soziales in Brandenburg.



Foto links: Rasmus Tandy/DeZIM-Institut | Foto rechts: Heinrich-Böll-Stiftung

Kein anderes Thema erfährt derzeit soviel Aufmerksamkeit wie Zuwanderung. 48 Prozent der Bundesbürger sehen es als wichtigstes Problem des Landes, weit vor dem zweitwichtigsten Thema Wirtschaft mit 20 Prozent. Muss die Migration begrenzt werden?

Schroeder: Ja, aber nicht so, wie es gerade geschieht. Wir brauchen Vertrauen. Insofern müssen die politischen Akteure überlegen, wie sie Migration ohne Affekte und großes gesellschaftliches Palaver bearbeiten.

Foroutan: Ich bin für eine Steuerung, für transparente Zahlen. Und für Planbarkeit. Falsch finde ich, wenn suggeriert wird: Niemand kommt mehr rein, die Grenzen werden dicht

gemacht, dann haben wir das Problem im Griff. Das ist ein Trugschluss. Denn wir brauchen aus demographischen und wirtschaftlichen Gründen mindestens 400 000 Eingewanderte pro Jahr netto. Migration als Ganzes – auch wenn es auf irreguläre Migration eingeschränkt wird – wird aktuell als Bedrohung wahrgenommen. Diese Lesart hat alle politischen und humanitären Sichtweisen verdrängt.

Viele klagen, dass die Integration in Deutschland nicht effektiv genug läuft. Stimmt das?

Schroeder: Im internationalen Vergleich steht Deutschland integrationspolitisch bei vielen Indikatoren sehr gut da. Es gibt aber

offenkundige Mängel und Überlastung. 30 Prozent der Kommunen klagen, dass Integration sie überlastet. Das kann man nicht ignorieren. Zumal der Eindruck entstanden ist, dass dies für alle Kommunen gilt – was nicht der Fall ist. Vieles, worüber wir sprechen, ist Behördenversagen, ist Steuerungsversagen, ist Staatsversagen. Die Bevölkerung ist massiv gewachsen. Die Prognosen vor gut zwanzig Jahren gingen von 78 Millionen Bewohnern aus. Wir sind jetzt mehr als 84 Millionen. Die Infrastruktur ist aber nicht nur nicht mitgewachsen, sie hat sich qualitativ und quantitativ verschlechtert. Das ist ein Ressourcenproblem. Wir haben unzureichende Infrastruktur für diejenigen, die schon immer hier gelebt haben.